

APD INFORMATIONEN DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

Nachrichtenagentur APD – Adventist Press Service
ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

9/2014
September 2014
31. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Deutschland	Karl Georg Harreß – ein adventistischer Märtyrer	Seite 1
	Kein SED-Mitglied in Gemeindevertretung Friedensau zur DDR-Zeit	Seite 2
	„E1NS“ – bundesweiter Kongress der Adventjugend	Seite 3
	20 Jahre Suchtberatungszentrum Chemnitz	Seite 4
	EKD-Friedensbeauftragter: Bausoldaten haben Zivilcourage bewiesen	Seite 4
	Bausoldatenkongress „Friedenszeugnis ohne Gewa(e)hr“	Seite 5
	Verantwortungsvolle Forschung braucht ethische Position	Seite 5
	„MissionRespekt. Christliches Zeugnis in einer multireligiösen Welt“	Seite 6
International	Erzwungene Rückbekehrung von Adventisten zum Hinduismus?	Seite 9
	Adventisten kaufen historisches Gebäude in der Schweiz	Seite 10
	„Die Schöpfung feiern“ – adventistischer Studentenkongress in Lissabon	Seite 11
	Adventisten bauen in der kleinsten Republik der Welt eine Kirche	Seite 11
Zweiter Weltkrieg	Die Vergangenheit nicht in Vergessenheit geraten lassen	Seite 12
	Freie evangelische Gemeinden im Zweiten Weltkrieg	Seite 13
	Kirchen keine Instrumente des Gegeneinanders der Völker, sondern Brückenbauer	Seite 14
	EAK erinnert an Deserteure und Kriegsdienstverweigerer im Zweiten Weltkrieg	Seite 15
ADRA	Ukraine: Flüchtlinge finden Zuflucht im ADRA-Familienzentrum	Seite 16
	Nach der Flut auf dem Balkan beginnt der Wiederaufbau	Seite 16
	Start der Paket-Aktion 2014 „Kinder helfen Kindern!“	Seite 17
	Hilfspakete für Flüchtlinge in der Ukraine	Seite 17
	Freiwillige von ADRA Italien helfen Bootsflüchtlingen auf Sizilien	Seite 17
	Projekt für Frauen in Bardiya kommt voran	Seite 18
	Medizinische Hilfe nach Überschwemmungen in Nepal	Seite 19
	Zeitspende statt Geldspende	Seite 19
Bibel	Internet-Aktion „365 x Bild und Bibel“	Seite 20
APD	Langjähriger APD-Journalist geht in wohlverdienten Ruhestand	Seite 21

Impressum:

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

- Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,
Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
- Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland
Postfach 4260, 73745 Ostfildern
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60,
E-Mail: info@apd.info
Holger Teubert (verantwortlich), Jens-Oliver Mohr (stellvertretend), Brunhilde Teubert
- Erscheint: Monatlich und zu aktuellen Anlässen.
- Druck: PR-Druck, 20539 Hamburg
Als Manuskript gedruckt.
- Bezugspreis: Privatabonnements 50,00 Euro jährlich (inkl. Porto).
- Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach 104, CH - 4020 Basel
Telefon +41-61-3117370
E-Mail: APD-CH@apd.info
Herbert Bodenmann (verantwortlich)
- Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring,
Maryland 20904-6600, USA
Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312
E-Mail: costaw@gc.adventist.org
Williams S. Costa Jr. (verantwortlich)
- „adventisten heute“, Pulverweg 6, 21337 Lüneburg
Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502
E-Mail: info@advent-verlag.de, Internet: www.advent-verlag.de
Elí Díez-Prida (verantwortlich)

APD-INFORMATIONEN online: <http://www.apd.info>

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD“. Das © Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD © ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.

Konto: Stuttgarter Volksbank Konto Nr. 227 385 004 (BLZ 600 901 00)



Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie über 18 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 208 Ländern der Erde. In Deutschland sind 35.000 Mitglieder in 560 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.

Deutschland

Karl Georg Harreß – ein adventistischer Märtyrer

Friedensau bei Magdeburg, 23.09.2014/APD Vor 72 Jahren wurde Karl Georg Harreß im schlesischen Konzentrationslager Groß-Rosen ermordet. Er sei jedoch einer der weithin vergessenen adventistischen Märtyrer, schreibt der Historiker und Dekan des Fachbereichs Theologie der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg, Dr. Johannes Hartlapp, in der Hochschulzeitschrift „Dialog“ 3/2014.

Karl Harreß, geboren am 20. März 1887 im thüringischen Oberlind (bei Sonneberg), ließ sich nach seiner Militärzeit, die ihn nach Schlesien verschlagen hatte, 1912 in Hirschberg (heute Jelenia Góra/Polen) taufen und wurde Siebenten-Tags-Adventist. 1913/14 erhielt er eine Ausbildung am Missionsseminar Friedensau und arbeitete anschließend als Kolporteur (Buchverkäufer). Nach dem Ersten Weltkrieg, dessen Schrecken er als Sanitäter miterlebte, arbeitete er als Pastor in Lüdenscheid, Hannover, Kassel, Dortmund, Osnabrück und Oldenburg.

Hartlapp beschreibt Karl Harreß als einen Mann, der eher vorsichtig und zurückhaltend gewesen sei. Seiner Frau gegenüber habe er einmal geäußert: „Wir gehen schrecklichen Zeiten entgegen, wie sie Deutschland noch nicht gesehen hat.“ Sein Gewissen hätte es nicht zugelassen, den Hitlergruß anzuwenden. Er habe mit „Guten Tag“ oder „Grüß Gott“ gegrüßt, selbst den Ortsgruppenleiter im Haus. Nach einem Umzug innerhalb von Oldenburg in ein Gebäude der adventistischen Grundstücksverwaltung, in dem Karl Harreß zugleich als Verwalter fungierte, habe er sich nicht nur einmal den Zorn, ja die Feindschaft einzelner Mieter zugezogen. Es scheint, dass diese Mieter ihn auch bei der Gestapo denunziert hätten, so Hartlapp.

Anfang Dezember 1941 kamen drei Gestapobeamte in Harreß' Wohnung, um ihn zu sprechen. Alle drei hätten bereits evangelistische Vorträge von ihm besucht. Da er nicht zu Hause war, wurde er zum Verhör einbestellt. Dort eröffnete ihm die Gestapo, dass ein Soldat, mit dem Harreß nach einem seiner Vorträge gesprochen hatte, ihn wegen angeblicher Äußerungen angezeigt habe. Die Beamten der Gestapo ließen sich erklären, was Harreß zum Schicksal der Juden zu sagen habe. Ihnen gefiel nicht, so Hartlapp, dass er im Gespräch nicht nur 5. Mose 28 (Ankündigung von Segen und Fluch über Israel), sondern genauso Sacharja 2,12f. (Gott spricht: „Wer Israel antastet, der tastet meinen Augapfel an“) nannte. Ein weiteres Thema waren seine theologischen Überzeugungen über das Ende der Welt. Nach mehrstündigem Verhör durfte er nach Hause gehen, wurde jedoch am nächsten Tag verhaftet und in einer Schule in der Nähe untergebracht.

Seine Frau habe acht Tage lang nicht gewusst, wo sich ihr Mann befinde. Als sie ihn nach vier Wochen besuchen durfte, sei er nur noch „ein Schatten seiner selbst“ gewesen. Die schwere Straßenarbeit, die er verrichten musste, habe ihn stark abmagern lassen. Er wäre bereits mehrfach umgefallen, die Füße von den Holzpantinen ganz aufgescheuert. Während dieser Zeit in Oldenburg wurde das endgültige Gerichtsurteil gefällt: Haft im Konzentrationslager.

Nach dem Gerichtsurteil kam Karl Georg Harreß im Februar 1942 ins KZ Sachsenhausen bei Oranienburg (Häftlingsnummer 1899), berichtet Hartlapp. Hier habe er einen Adventisten aus der benachbarten Adventgemeinde Hude getroffen, der allerdings später wieder aus dem KZ entlassen worden sei. Schließlich verlegte man Harreß einen Monat später ins KZ Groß-Rosen bei Breslau, einem ehemaligen Zuchthaus. Von dort sei es ihm gestattet worden, zwei Briefe pro Monat seiner Familie zu schicken. Für seine Frau wären es jedoch „vorgedruckte Feldpostbriefe“ gewesen.

Im Mai 1942 habe Harreß die Briefe an seine Familie von einer andern Person schreiben lassen. Zu dieser Zeit war er laut Hartlapp bereits wegen seiner verletzten rechten Hand ins Krankenrevier eingeliefert worden. Als daraufhin seine Frau sich nach seinem Zustand erkundigte und um eine Besuchserlaubnis bat, erhielt sie zur Antwort: „Nach Rückfrage im Revier hat er eine Entzündung an der rechten Hand und kann deswegen nicht fließend schreiben. Der Gesundheitszustand Ihres Ehemannes hat sich aber gebessert, und er hofft, in einigen Wochen wieder selbst schreiben zu können.“

Die Antwort auf die Bitte um Besuchserlaubnis habe auf sich warten lassen. Stattdessen wurde der Ehefrau am 6. Juli die Todesnachricht mitgeteilt: „Ihr Ehemann Karl Harreß meldete sich am 9.5.42 krank und wurde daraufhin unter Aufnahme im Krankenbau in ärztliche Behandlung genommen. Es wurde ihm die bestmögliche medikamentöse und pflegerische Behandlung zuteil. Trotz aller angewendeten ärztlichen Bemühungen gelang es nicht, der Krankheit Herr zu werden. Ich spreche Ihnen zu diesem Verlust mein Beileid aus. Ihr Ehemann hat vor seinem Ableben keinerlei letzte Wünsche mehr gehabt.“

Ehefrau Frieda Harreß meinte dazu: „Ich nahm es damals für bare Münze. Später erkannte ich, dass es purer Hohn war.“ Sie erhielt auch alles ungeöffnet zurück, was sie ihrem Mann an Briefen und Paketen geschickt hatte. Er habe nichts davon erhalten.

Es sei der Adventgemeinde Oldenburg und vor allem dem dortigen Pastor Ralph Eigenbrodt zu danken, dass das Erbe von Karl Harreß nicht verloren ging, hebt Dr. Johannes Hartlapp hervor. Anfang Juli 2012 wurde eine „Stolperplatte“ in den Boden des Gehweges vor der Gemeinde eingelassen. Sie ziehe die Blicke der Vorbeigehenden auf sich und diene auf diese Weise den Nachgeborenen als Mahnmal.

Nach den Zeugen Jehovas und römisch-katholischen Priestern stellten Siebenten-Tags-Adventisten die drittgrößte Märtyrergruppe im Kreis der verfolgten Christen während der NS-Zeit dar, berichtet Hartlapp. Die Mehrheit dieser Adventisten habe allerdings den im Ersten Weltkrieg entstandenen Reform-Adventisten angehört. Das Beispiel in Oldenburg sollte andere adventistische Gemeinden ermutigen, sich mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen.
(5.073 Zeichen)

Kein SED-Mitglied in Gemeindevertretung Friedensau zur DDR-Zeit

Friedensau bei Magdeburg, 23.09.2014/APD „Im Juni 1945 erlaubte die Sowjetische Militäradministration (SMAD) die Gründung von politischen Parteien“, schreibt der frühere Direktor des adventistischen Theologischen Seminars Friedensau bei Magdeburg, Dr. Manfred Böttcher, in der Ausgabe 3/2014 der Hochschulzeitschrift „Dialog“. So wären neben der KPD auch die CDU, SPD und LDPD zugelassen worden. Unter einem gewissen Druck der Besatzungsmacht hätten sie sich jedoch zur Gründung eines gemeinsamen „Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ (Antifa-Block) entschlossen. Die Parteien sollten gemeinsam regieren, unterschiedliche Auffassungen jedoch in internen Aussprachen klären. Angesichts der überall herrschenden Not, die der Hitlerkrieg hinterlassen hatte, und der Millionen Flüchtlinge, die aus den ehemaligen Ostgebieten aufzunehmen waren, mochte das auch eine gewisse Berechtigung haben, so Böttcher. Formal habe sich auch die sowjetische Besatzungsmacht zu einer demokratischen Gestaltung der Gesellschaft bekannt.

Friedensau, seit 1921 eine eigenständige kommunale Gemeinde, gehörte zum Bereich der sowjetischen Besatzungszone. Nach Kriegsende habe die Leitung der Siebenten-Tags-Adventisten den parteilosen Otto Vogel, seit 1941 Geschäftsführer der adventistischen Institutionen in Friedensau, als Gemeindevorsteher eingesetzt. Wilhelm Kirchberg, der das Bürgermeisteramt seit 1942 innehatte, hätte 1945 wegen Mitgliedschaft in der NSDAP ausscheiden müssen, berichtet Böttcher.

Die neue politische Situation habe für den Ort Friedensau einige Probleme mit sich gebracht. Noch vor der ersten Kommunalwahl in Sachsen-Anhalt wurden im Januar 1946 alle Kommunalgemeinden angewiesen, eine „vorläufige Gemeindevertretung“ zu bilden, einen Antifa-Ausschuss. Dieser sollte aus Mitgliedern der sogenannten antifaschistischen Parteien gebildet werden. Doch wo konnte man in Friedensau, das fast ausschließlich von Adventisten bewohnt war, Mitglieder dieser Parteien finden, damit die Eigenständigkeit der kommunalen Gemeinde erhalten blieb?

Der Leiter des adventistischen Altersheimes Friedensau, Walter Schmidt, trat in die SPD ein. Unter den Personen, die während des Krieges in dem Ort Aufnahme gefunden hatten, fand sich einer, der inzwischen KPD-Mitglied geworden war, und ein anderer, welcher der SPD beitrug. Einer war als Forstarbeiter, der andere als Heizer in Friedensau tätig – den Adventisten gehörten sie nicht an. Weiterhin erklärten sich noch zwei parteilose Friedensauer zur Mitarbeit bereit. Das habe ausgereicht, um die vorläufige Gemeindevertretung zu bilden. Sie hätte gleichzeitig die Aufgaben des Antifa-Ausschusses wahrgenommen. „Damit war die erste Hürde genommen, dass Friedensau eigenständige Kommune bleiben konnte“, stellt Böttcher fest.

Im April 1946 kam es zum Zusammenschluss von KPD und SPD und damit zur Bildung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Im Herbst fand die erste Kommunalwahl in Sachsen-Anhalt statt – zugleich die erste in der gesamten sowjetischen Besatzungszone. Drei Friedensauer Bürger gehörten nun „einverleibt“ zur SED. Ergänzt durch zwei Parteilose, ließen sie sich als Kandidaten aufstellen und wurden von den wahlberechtigten Friedensauern in die Gemeindevertretung gewählt, der Otto Vogel nun als offiziell gewählter Bürgermeister vorstand. Die Leitung der Siebenten-Tags-Adventisten sei froh gewesen, damit auch die zweite Hürde für den Fortbestand der Eigenständigkeit Friedensaus überwunden zu haben.

Mit Beginn der neuen Kommunalperiode, die sich am 23. Februar 1949 konstituierte, habe jedoch kein Mitglied der SED mehr der Friedensauer Gemeindevertretung angehört. Aus den Unterlagen der Gemeindeverwaltung, die im Friedensauer „Historischen Archiv der Siebenten-Tags-Adventisten in Europa“ vorlägen, sei weiterhin nachweisbar, dass seit Gründung der DDR niemals ein SED-Mitglied der Friedensauer Gemeindevertretung angehört. „Das blieb so bis zum Ende der DDR“, betont Böttcher. (3.516 Zeichen)

„E1NS“ – bundesweiter Kongress der Adventjugend

Kassel, 23.09.2014/APD Etwa 1.000 Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 35 Jahren werden vom 2. bis 5. Oktober zum deutschlandweiten Kongress der Adventjugend der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten im Kongress Palais in Kassel erwartet. Das Motto des Kongresses „E1NS“ stehe für den Wunsch, „Jesus Christus zur Nummer 1 zu machen“, nicht nur während des Zusammenseins in Kassel, sondern auch als Vorbild im normalen Alltag, erläuterte Jugendabteilungsleiter Pastor Ruben Grieco (Ostfildern bei Stuttgart). Es gelte, aber auch als Adventjugend untereinander „E1NS“ zu sein, und zwar eins über alle Unterschiedlichkeiten hinweg, die eine deutschland- und weltweite Kirche, wie die Siebenten-Tags-Adventisten, mit sich bringe.

„E1NS“ biete Plenumsveranstaltungen und Workshops an, damit Jugendliche ihre Gaben entdecken und ausbilden könnten, informierte Jugendabteilungsleiter Pastor Bert Seefeld (Hannover). Geplant seien in Kooperation mit der Stadt Kassel die Anregung oder Unterstützung von sozialdiakonischen Projekten. Jugendliche sollten für diakonisches Engagement und soziale Gerechtigkeit begeistert werden und praktische Anregungen dafür nach Hause nehmen. „E1NS“ möchte Jugendlichen zudem ermöglichen, Gott kennen zu lernen und ihm zu begegnen. Dafür würden neben den Plenumsveranstaltungen und Workshops außergewöhnliche, „rollende“ Andachten geplant und kreative Gebetsoasen vorbereitet.

Bei den 40 Workshops gehe es laut Pastor Grieco um Themen, wie „Jugend im Seniorenheim“, „Gutes kaufen – Gutes tun“, „Den Glauben begeisternd und (angst)frei weitergeben“, „Der Konflikt zwischen Naturwissenschaft und Religion“, „Kreative Verkündigungsformen“, „Christsein und Sport“, „Was Frauen wollen ... und Männer auch“, „Auf Du und Du mit Deinem Stress“, „SOS Scheidungskinder“, „Selbständigkeit – Chance oder Risiko?“, „Religiöser Missbrauch und seine Folgen“, „Homosexualität verstehen“, „Archäologie & Bibel“ oder „Soziale Gerechtigkeit – Wie würde Jesus shoppen?“.

(1.779 Zeichen)

20 Jahre Suchtberatungszentrum Chemnitz

Chemnitz, 23.09.2014/APD Seit 20 Jahren gibt es in Chemnitz das Suchtberatungszentrum des Advent-Wohlfahrtswerkes der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Es berät suchtgefährdete und suchtkranke Menschen, die Probleme mit Alkohol, illegalen Drogen, Nikotin, Medikamenten, Glücksspiel oder Medien haben. Acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreuen jährlich etwa 600 Personen. Seit Bestehen der Einrichtung hätten rund 9.300 Menschen Hilfe gesucht. Über 53.000 Beratungsgespräche seien geführt worden.

Die Gründung des Suchtberatungszentrums Chemnitz vor 20 Jahren ging aus der Anfang der 1990er Jahre von Wolfgang Buschmann ins Leben gerufenen Kontaktstelle für suchtkranke Menschen hervor. Jahrzehntlang war er ehrenamtlich im Suchtgefährdetendienst der Siebenten-Tags-Adventisten in der DDR tätig. Weitere Informationen unter www.suchtberatung-chemnitz.de

(803 Zeichen)

EKD-Friedensbeauftragter: Bausoldaten haben Zivilcourage bewiesen

Bonn, 23.09.2014/APD Zum 50. Jahrestag der Einführung eines Waffenersatzdienstes in der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR hat der Friedensbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahms, die Arbeit der ehemaligen Bausoldaten gewürdigt. „Die Bausoldaten in der DDR waren wichtige Wegbereiter und vielerorts auch Initiatoren der ostdeutschen Friedensbewegung“, ist Brahms überzeugt. Er verwies darauf, dass viele dieser Bausoldaten durch ihre Tätigkeit, ihre Gewissensentscheidung und auch ihren Mut, viele Nachteile in Kauf zu nehmen, den ostdeutschen Staat und die ostdeutsche Gesellschaft zur Auseinandersetzung mit Fragen des Friedensdienstes gezwungen hätten.

„In einer militarisierten Gesellschaft wie der damaligen DDR gehörte viel Mut dazu, den Waffendienst in der NVA zu verweigern“, unterstrich der EKD-Friedensbeauftragte. Die Betroffenen hätten trotz vieler Nachteile auch nach Ende des waffenlosen Dienstes in der Armee ihrem Gewissen gehorcht: „Sie haben Zivilcourage bewiesen.“

Aber auch für die Kirchen in der DDR hätten die Bausoldaten eine wichtige Rolle gespielt. „Die Frage der Kriegsdienstverweigerung wurde auch in den Kirchen gestellt und belebte die dortige Diskussion über Frieden und friedensethische Fragen. Und nicht zuletzt waren viele Bausoldaten auch später treibende Kräfte und wichtige Impulsgeber in der kirchlichen Friedensarbeit“, betonte Brahms, der auch der Leitende Geistliche der Bremischen Evangelischen Kirche ist. Umgekehrt habe aber auch der Einsatz der Kirchen für einen waffenlosen Friedensdienst mit dazu geführt, dass in der DDR als einzigem Staat im Warschauer Pakt ein solcher Waffenersatzdienst eingeführt wurde.

Für den Friedensbeauftragten des Rates der EKD sei es daher wichtig, dass die Arbeit und der Dienst der Bausoldaten nicht in Vergessenheit geraten, sondern weiterhin gewürdigt würden. „Es gibt auch heute noch viele Länder, in denen die Kriegsdienstverweigerung bestraft wird. Aber Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen ist ein Menschenrecht und daher verbindlich zu gewährleisten.“

(1.868 Zeichen)

Bausoldatenkongress „Friedenszeugnis ohne Gewa(e)hr“

Lutherstadt Wittenberg, 23.09.2014/APD Fast 400 Teilnehmer beschäftigten sich vom 5. bis 7. September in der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt der Lutherstadt Wittenberg beim Bausoldatenkongress „Friedenszeugnis ohne Gewa(e)hr“ mit Fragen der Friedensarbeit in Vergangenheit und Gegenwart. Die meisten waren ehemalige Bausoldaten, die in den Jahren 1964 bis 1989 den Waffendienst in der DDR verweigerten und einen militärischen Ersatzdienst ableisteten, wobei es sich allerdings nicht um einen Zivildienst gehandelt hatte.

Neben dem Rückblick auf die Jahre 1914, 1939 und 1989 war auch das Jahr 1964 für den Kongress von besonderer Bedeutung. Vor 50 Jahren, am 7. September 1964, hatte die DDR-Führung die „Anordnung zur Aufstellung von Baueinheiten“ erlassen. Der damit mögliche waffenlose Dienst in militärischen Einheiten war einmalig im gesamten Ostblock.

In den beiden Jahren seit Einführung der Wehrpflicht verweigerten etwa 1.500 junge Männer bei ihrer Musterung im Osten den Wehrdienst, was damals unter Strafe stand. Mit Schaffung der Baueinheiten sei es der DDR-Führung gelungen, die Wehrpflicht auch in christlichen Kreisen weitgehend durchzusetzen, gab Dietmar Eißner (Merseburg) zu bedenken, der von 1985 bis 1989 etliche Bausoldaten betreute, die in der chemischen Industrie arbeiten mussten. Für die Betroffenen wäre das allerdings mit Schikanen und Nachteilen in der beruflichen Ausbildung verbunden gewesen. Eißner, selbst Siebenten-Tags-Adventist, berichtete, dass trotz dieser Nachteile die meisten wehrpflichtigen Mitglieder seiner Freikirche sich für diesen waffenlosen Dienst entschieden hätten.

Insgesamt erklärten fast 26.000 Christen und Friedensbewegte in den 25 Jahren bis zum Ende der DDR ihre Ablehnung zur Waffenausbildung. Etwa 14.000 von ihnen leisteten diese besondere Form des waffenlosen Wehrdienstes, erkennbar an einem Spatensymbol auf den Schulterstücken ihrer Uniformjacken.

Baueinheiten standen unter Beobachtung der DDR-Staatssicherheit, da es sich aus deren Sicht um eine „Zusammenballung feindlich-negativer Elemente“ gehandelt habe. „Unter den mehrheitlich christlich geprägten jungen Männern verschiedener Konfessionen entwickelte sich eine besondere Solidarität, die zu widerständigem Handeln gegen staatliche Zwangsmaßnahmen ermutigte“, so Eißner. Für einige hätte sich der Weg des Widerstandes gegen den SED-Staat auch später fortgesetzt, bis hin zur friedlichen Revolution 1989.

Die Kongressteilnehmer in Wittenberg blickten aber nicht nur in die Vergangenheit, sondern beschäftigten sich auch mit den Konflikten der Gegenwart. In einem „Ruf aus Wittenberg: Kriegsdienstverweigerung ist Menschenrecht“ forderten sie, Kriegsdienstverweigerung ohne Gewissensprüfung international anzuerkennen. Die Verantwortlichen in Politik und Kirchen sollten sich dafür einzusetzen. Der Aufruf ist im Internet zu finden unter: <https://www.facebook.com/Bausoldatenkongress2014/posts/895084133854627>

(2.610 Zeichen)

Verantwortungsvolle Forschung braucht ethische Position

München, 23.09.2014/APD Forschung braucht Freiheit und gleichzeitig die Erkenntnis, dass es Grenzen des Forschens gibt. So lautete das Fazit am ökumenischen „Tag der Schöpfung“, dessen bundesweite Feier die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) am 5. September in München beging. Nach einem Gottesdienst in der Universitätskirche St. Ludwig und einer orthodoxen Wasserweihe im Englischen Garten diskutierten Experten zum Verhältnis von Glaube und Wissenschaft in der Katholischen Akademie in Bayern.

Die Schöpfung weise eindeutig auf einen Schöpfer hin, sagte Metropolit Augoustinos (Bonn), Vorsitzender der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland, in seiner Predigt in der

Münchener Ludwigskirche. Diese Erkenntnis erfordere „Demut und Respekt“ sowie eine „liebvolle Einstellung zur eigentlichen Schönheit der Schöpfung“. In der Katholischen Akademie in Bayern diskutierten unter Moderation des baptistischen Theologen und Vorsitzenden des Ökumenischen Studienausschusses (DÖSTA), Uwe Swarat (Elstal bei Potsdam), Landesbischof Bedford-Strohm, der Ärztliche Direktor des Universitätsklinikums und Transplantationsmediziner Eckhard Nagel und der Leiter des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag, Armin Grunwald, über Chancen und Risiken der Forschung.

Eine verantwortungsvolle Forschung brauche eine eindeutige ethische Position, sagte der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern Heinrich Bedford-Strohm. Er machte deutlich, dass mit der Verwendung des Begriffs „Schöpfung“ in säkularen Kontexten bereits eine Ahnung vorhanden sei, dass die Theologie zu den Fragen des Lebens und der Welt etwas zu sagen habe. Er betonte, dass die Natur als Schöpfung eine eigene Würde besitze und nicht einfach den Bedürfnissen des Menschen nutzbar gemacht werden dürfe. Dieses Bewusstsein müsse man den Forschern auch zutrauen, sagte Eckhard Nagel, der auch im Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages ist. Die Schöpfung habe letztlich „von Gott gesetzte Komplexitäten“, die der Mensch am Ende nicht verstehen könne. Daher habe er keine Angst, dass Wissenschaftler jemals eine Grenze überschreiten. Nagel forderte vielmehr eine größtmögliche Freiheit der Wissenschaft, da sie letztlich dem Menschen und der Schöpfung diene.

Es komme darauf an, die schöpferischen Qualitäten des Menschen verantwortungsvoll einzusetzen, sagte Armin Grunwald. Erlösung durch Technik könne es nicht geben, weil die Technik meist nicht beabsichtigte Folgen mit sich bringe, zu deren Lösung es weitere Techniken bedürfe. Grunwald machte das am Beispiel der Atomenergie deutlich: „Wir beschäftigen uns jetzt mit den Abfällen dieser Technik und den Folgen, die sie in mehreren hunderttausend Jahren haben werden.“

Seit dem Jahr 2010 feiert die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland jährlich einen ökumenischen „Tag der Schöpfung“. Er geht auf eine Anregung des damaligen Ökumenischen Patriarchen Dimitrios I. zurück, einmal im Jahr „gemeinsam zum Schöpfer zu beten“. Dieser Tag wird bundesweit begangen und regt dazu an, das Lob des Schöpfers gemeinsam anzustimmen und gleichzeitig die eigenen Aufgaben für die Bewahrung der Schöpfung in den Blick zu nehmen. Jeweils am ersten Freitag im September findet die bundesweite Veranstaltung an einem anderen Ort statt. Nach Brühl, Berlin, Nagold und München lädt die ACK im kommenden Jahr am 4. September 2015 nach Borna bei Leipzig ein.

(3.025 Zeichen)

„MissionRespekt. Christliches Zeugnis in einer multireligiösen Welt“

Berlin, 23.09.2014/APD Was bedeutet christliche Mission heute? Wie können Christinnen und Christen in einer pluralistischen, multireligiösen Gesellschaft ihren Glauben bekennen, und welche Grenzen sind dabei zu beachten? Mit diesen Fragen beschäftigte sich der internationale Kongress „MissionRespekt. Christliches Zeugnis in einer multireligiösen Welt“, der vom 27. bis 28. August in Berlin stattfand. Die rund 250 Teilnehmer kamen unter anderem auf Einladung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz (DBK), der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF), der Deutschen Evangelischen Allianz (DEA), der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK), des Evangelischen Missionswerkes (EMW), des Internationalen Katholischen Missionswerkes (missio) und der Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste (AMD) in die Bundeshauptstadt.

Das Dokument von 2011

Der Kongress befasste sich zunächst mit dem Dokument „Christliches Zeugnis in einer multireligiösen Welt“, das nach fünfjähriger Arbeit am 28. Juni 2011 gemeinsam vom Päpstlichen Rat

für den Interreligiösen Dialog (PCID), der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA) und dem Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) veröffentlicht wurde. In dem Dokument geht es um missionarische Prinzipien. Dazu gehörten die Freiheit, den Glauben zu bezeugen, das Ablehnen von Gewalt in der Mission, gegenseitiger Respekt für alle Menschen ungeachtet ihrer Religion und Ehrlichkeit. So werden „Täuschung und Zwangsmittel“ bei der Mission als Verrat am Evangelium bezeichnet. Zudem spricht das Dokument den Austausch mit Menschen anderer Religionen und Kulturen sowie mit Nicht-Gläubigen an. Ziel sei es, den Einsatz der Kirchen für ein friedliches Miteinander der Religionen deutlich zu machen, ohne die Bedeutung des eigenen Glaubens zu schmälern. Als Orientierungshilfe sollte dabei immer Jesus Christus dienen: seine Verkündigung des Reiches Gottes, sein Dienst am Nächsten und seine Selbsthingabe.

„Den Fremden in seiner Fremdheit aushalten“

Die Delegierten des Berliner Kongresses besprachen zudem, wie die verschiedenen christlichen Traditionen angesichts der aktuellen Krisen in der Welt in größerer Gemeinsamkeit für Werte wie Religionsfreiheit, soziale Gerechtigkeit und Frieden eintreten könnten. Der Ratsvorsitzende der EKD, Nikolaus Schneider, rief zu einem friedlichen Miteinander der Kulturen und Religionen in Deutschland auf. „Wir erleben gerade wieder schmerzlich, dass der Antisemitismus nicht überwunden ist“, beklagte er. Ziel müsse es sein zu lernen, „den Fremden in seiner Fremdheit auszuhalten, die Wahrheit des eigenen Glaubens selbstbewusst aber nicht aggressiv zu vertreten und über allem die demütige Erkenntnis, dass jede menschliche Wahrheitsvorstellung angesichts Gottes Größe unvollkommen ist.“

Schneider nannte es eine der wichtigsten Herausforderungen für die Kirchen, die eigenen Gemeindemitglieder wieder auskunftsfähig hinsichtlich ihrer Glaubensüberzeugung zu machen. „Fremdenfeindlichkeit ist oft das Resultat einer unsicheren eigenen Identität. Wenn wir also die eigene Identität stärken und sprachfähig machen, dient das dem friedlichen Zusammenleben.“ Unverhandelbar sei für ihn im Gespräch mit anderen Religionen der Verzicht auf Gewalt und die Anerkennung der Menschenrechte, wie der Religionsfreiheit und der Gleichberechtigung von Männern und Frauen.

Religionswechsel in Indien für Hindus schwer

Vertreter verschiedener Länder berichteten über die heimische Situation im Hinblick auf Mission. Dabei sei die Lage in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich. In Indien sehe sich die christliche Minderheit zahlreichen Einschränkungen ausgesetzt, beklagte der römisch-katholische Erzbischof der indischen Diözese Vasai, Felix Anthony Machado. Obwohl die Verfassung des Landes die Religionsfreiheit garantiere, gebe es in sieben von 29 Bundesstaaten sogenannte Antibekehrungs-Gesetze. Auch in den übrigen 22 Bundesstaaten seien Behinderungen zu erwarten, wenn Hindus ihren Glauben wechseln wollten. Die Religionsfreiheit sei unter anderem durch die gegenwärtig regierende Hindu-Partei BJP gefährdet. Radikale Hindus würden den Christen vorwerfen, die Mission mit unlauteren Mitteln zu betreiben. Der Generalsekretär der Asiatischen Evangelischen Allianz, Richard Howell, ergänzte, dass ein Glaubenswechsel für die vom hinduistischen Kastensystem ausgeschlossenen Dalits („Unberührbaren“) die einzige Möglichkeit sei, sich aus diesem diskriminierenden System zu befreien.

Keine Alternative zum friedlichen Miteinander der Religionen

In der Abschlusserklärung des Kongresses „MissionRespekt“ in Berlin heißt es: „Wir sind der Überzeugung, dass es keine Alternative zum friedlichen Miteinander der Religionen geben kann.“ Das verlange von Christen ein einladendes Bekenntnis des Glaubens, die respektvolle Zuwendung zu Menschen anderer religiöser Überzeugungen und Solidarität mit denen, welchen das Ausdrücken ihrer religiösen Überzeugungen verwehrt werde. „Menschen mit unterschiedlichen oder keinen religiösen Beheimatungen müssen gemeinsam jenen ent-

schlossen entgegneten, die Religion missbrauchen, um politische und soziale Konflikte auszutragen und Andersglaubende zu verfolgen.“

Adventisten zum Thema Religionsfreiheit, Evangelisation und Proselytismus

Pastor Bernhard Bleil (Ostfildern bei Stuttgart), Abteilungsleiter für Gemeindeaufbau und Evangelisation des Süddeutschen Verbandes der Siebenten-Tags-Adventisten, meinte zur Abschlusserklärung des Kongresses, dass sich auch die weltweite Freikirche mit diesem Thema seit Jahren beschäftige. Schon in der „Stellungnahme zu Religionsfreiheit, Evangelisation und Proselytismus“ der adventistischen Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) vom Juli 2000 sei zum Ausdruck gebracht worden, dass für Adventisten die Religionsfreiheit ein menschliches Grundrecht sei. Die Freikirche würde zwar die globale Mission und Evangelisation bejahen, doch evangelistische und missionarische Aktivitäten müssten die Menschenwürde respektieren. Verkündiger müssten wahrhaftig und durchschaubar sein, wenn sie es mit anderen religiösen Gruppen zu tun hätten. Es sollte eine Ausdrucksweise benutzt werden, die es vermeide, andere religiöse Gemeinschaften zu kränken. „Falsche oder andere Religionen lächerlich machende Aussagen sollten unterbleiben“, heißt es in der Stellungnahme.

Zudem betone die Erklärung, so Bleil, dass Bekehrung eine Erfahrung des Geistes sei und deshalb auf keinen Fall mit Vorteilen oder dem Erhalt materieller Anreize in Verbindung gebracht werden sollte. „Wenn auch das Recht zur Beteiligung an humanitären Aktivitäten voll anerkannt werden muss, sollten solche Aktionen niemals in irgendeiner Art und Weise mit Evangelisation verbunden sein. Menschen, die sich nicht wehren können, sollten nicht ausgenutzt werden, indem man ihnen finanzielle und materielle Anreize anbietet, um sie zum Religionswechsel zu drängen.“

Bereits 1926 habe die Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten „Richtlinien für die Beziehungen zu anderen christlichen Kirchen und religiösen Organisationen“ erlassen, informierte Pastor Bleil. Darin werde ebenfalls betont, dass bei der missionarischen Arbeit „jederzeit der Geist christlicher Höflichkeit, Offenheit und Fairness vorherrschen“ sollte. Da Religion „auf Gewissen und Überzeugung gründet“, dürfe „niemand aus egoistischem Interesse oder wegen vorübergehender Vorteile in unsere Freikirche gezogen“ werden. In den Richtlinien werde betont: „Wenn ein Gesinnungswechsel ein Mitglied unserer Freikirche zu dem Empfinden führt, nicht mehr mit dem Glauben und dem Gemeindeleben der Siebenten-Tags-Adventisten im Einklang zu sein, anerkennen wir nicht nur das Recht, sondern auch die Verpflichtung eines solchen Mitgliedes, dass es seine religiöse Zugehörigkeit entsprechend seiner Überzeugung wechselt, ohne ihm Böses nachzusagen. Wir erwarten von anderen religiösen Körperschaften, dass sie im gleichen Geist der religiösen Freiheit reagieren.“

Zwar könne die Freikirche „wegen ihres Verständnisses des ihr verordneten Evangeliumsauftrages“ ihre Mission nicht auf bestimmte geographische Gebiete begrenzen. Doch in den Richtlinien von 1926 werde ausdrücklich hervorgehoben: „Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten erkennt auch das Recht anderer religiöser Überzeugungen an, ohne geographische Beschränkungen tätig zu werden.“

Die Aussagen in der Stellungnahme von 2000 und in den Richtlinien von 1926 seien sehr eindeutig. Es gelte jedoch, sie immer wieder vor Augen zu haben und in die Tat umzusetzen, gab Pastor Bernhard Bleil zu bedenken. (7.554 Zeichen)

International

Erzwungene Rückbekehrung von Adventisten zum Hinduismus?

Silver Spring, Maryland/USA, 23.09.2014/APD Eine Rückbekehrungszeremonie am 26. August von Mitgliedern der protestantischen Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten zum Hinduismus, die im adventistischen Kirchengebäude im indischen Dorf Asroi stattfand, habe die adventistischen Kirchenleiter in Indien veranlasst, die Behörden um Abklärungen zu bitten, teilte Adventist News Network (ANN) mit. Die Kirchenleitung befürchte, dass fundamentalistische Hindus in Asroi bei Aligarh, 170 Kilometer südlich der Hauptstadt Neu-Delhi, im nordindischen Bundesstaat Uttar Pradesh, die Adventisten möglicherweise zum Glaubenswechsel gezwungen hätten.

„Wir haben einen Antrag an die lokalen und übergeordneten Behörden gestellt und um eine Untersuchung gebeten“, sagte Pastor T. P. Kurian, Kommunikationsdirektor der überregionalen Kirchenleitung der Adventisten in Südasien mit Sitz in Hosur, Tamil Nadu/Indien.

Die Adventgemeinde in Asroi wurde 2001 mit 33 Kirchenmitgliedern gegründet. 2004 sei das Grundstück gekauft worden, auf dem eine adventistische Freiwilligenorganisation aus den USA im Jahr 2005 das Kirchengebäude erstellt habe. 2007 hätten zwei Familien die Kirche verlassen, sodass noch 20 Mitglieder verblieben seien. Vor der Rückbekehrungszeremonie hätten jedoch nur noch fünf bis sieben Kirchenmitglieder die adventistischen Gottesdienste regelmäßig besucht, so ANN.

Eine vierköpfige adventistische Delegation, habe nach der Zeremonie Asroi besucht. In ihrem Bericht hätte sie festgehalten, dass es Hinweise gebe, wonach fundamentalistische Hindugruppen die adventistischen Gläubigen gezwungen hätten, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren, sagte Pastor Mohan Bhatti, Kommunikationsdirektor der regionalen adventistischen Kirchenleitung in Nordindien mit Sitz in Neu-Delhi.

Tendenziöse Medienberichte?

Laut indischen Medienberichten hätten sich Dutzende von aktiven und inaktiven Adventisten bei der Zeremonie wieder zum Hinduismus bekannt. Zudem hätten hinduistische Fundamentalisten den adventistischen Gottesdienstraum in einen Tempel des Hindu-Gottes Shiva verwandelt und das Kreuz durch ein Götterbild ersetzt. Die adventistische Delegation habe bei ihren Untersuchungen aber nichts derartiges im Gottesdienstraum festgestellt, so ANN. „Es wurde dort weder ein Götterbild von Shiva gefunden noch ist die Kirche in einen Tempel umgewandelt worden“, heißt es im Bericht der Delegation. Es scheine, dass während der Zeremonie „ein Poster von Shiva“ für einige Momente an der Wand angebracht worden sei, um dies später mittels Video und Fotografie zu publizieren. Außerdem heiße es im Bericht, dass das Gebäude unter polizeilicher Überwachung stehe, um jegliche Beschädigung zu vermeiden. „Wir haben weiterhin die Freiheit, unsere wöchentlichen Gottesdienste durchzuführen.“

Laut ANN sei unklar, wie viele ehemalige Adventisten sich wieder dem Hinduismus zugewandt haben. Indische Medien hätten mit Bezug auf Hindu-Aktivisten, die an der Zeremonie teilgenommen hätten, von 72 Adventisten gesprochen. Das stehe aber im Widerspruch mit den wesentlich fundierteren Mitgliederzahlen der Kirche, so ANN.

Der Verlust der letzten Kirchenmitglieder überrasche ihn, sagte Pastor S. P. Singh, Mitglied der adventistischen Delegation in Asroi. „Der Ortspastor, Vikas Paswan, hat die Kirche während zehn Jahren betreut“, so Singh. „Er führte regelmäßig am Sabbat [Samstag] den Gottesdienst durch. Er hatte keinerlei Anlass anzunehmen, dass in Zukunft so etwas geschehen würde.“

Hindus bezeichnen die Rückbekehrung als freiwillig

Khem Chandra, der an der Rückbekehrungszeremonie teilgenommen hatte und Mitglied der Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS), einer nationalistischen Hindu-Gruppe ist, sagte gegenüber

der „Times of India“, dass das Geschehene offensichtlich sei. Die Adventisten hätten zuvor den Hinduismus verlassen. Jetzt hätten sie ihren Fehler erkannt und wollten wieder zurückkommen. „Wir heißen sie willkommen.“ Der Hindu-Aktivist sagte auch, dass er im Laufe der Jahre acht adventistische Familien kennengelernt und besucht habe. Dabei habe er sie aufgefordert, ihren Glauben zu überdenken.

„Es ist das Recht jedes Einzelnen, sich der Religion seiner Wahl zuzuwenden, aber solche Massenkonzersionen beinhalten politischen, sozialen und physischen Zwang sowie die Androhung von Gewalt“, sagte John Dayal, Mitglied des nationalen Integrationsrates gegenüber UCAnews.com, einer unabhängigen katholischen Nachrichten-Website.

Der Hindu-Aktivist Khem Chandra äußerte laut ANN die Hoffnung, dass bald ein erster Hindu-Tempel im Dorf eröffnet werden könne, vielleicht sogar im Gebäude der Adventisten. „Wir werden uns über die Kirche Gedanken machen. Sie gehört den Missionaren, aber der Boden, auf dem sie steht, gehört zu Hindustan“, sagte er. „Wir werden nicht auf unserer Dharti [Erde] Kompromisse eingehen. Gemeinsam mit den Dorfbewohnern werden wir über den Tempel entscheiden“, erläuterte Chandra.

Adventisten für freie Wahl der Religion

„[Religiöse] Freiheit umfasst auch das Recht, die Religion zu wechseln und andere – mit allem Respekt – einzuladen, ebenfalls ihre Religionszugehörigkeit zu ändern“, steht in einer Erklärung der adventistischen Weltkirchenleitung von 1996 zur Religionsfreiheit.

In der adventistischen „Stellungnahme zu Religionsfreiheit, Evangelisation und Proselytismus“ aus dem Jahr 2000 heißt es: „Im Zusammenhang mit der Verbreitung von Religion stellt sich auch die Frage des ‚Proselytismus‘, der auf unterschiedliche Weise verstanden wird und zunehmend eine abwertende Bedeutung in Zusammenhang mit unmoralischen Überzeugungsmethoden, einschließlich Gewalt, erhält. Die Siebenten-Tags-Adventisten verurteilen eindeutig die Verwendung solcher Mittel ... Evangelistische und missionarische Aktivität muss die Menschenwürde respektieren.“

Adventisten in Indien

In Indien, der größten Demokratie der Welt, leben 1,237 Milliarden Menschen. Davon sind 1,538 Millionen Mitglieder der Siebenten-Tags-Adventisten, die in 4.280 Kirchen samstags den Gottesdienst feiern. Die Adventisten unterhalten in Indien 106 Grundschulen mit 36.600 Schülern, 160 Sekundarschulen mit 134.000 Schülern, acht Hochschulen und eine Universität, zwölf Krankenhäuser, zwei Waisenhäuser und einen Verlag. Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Indien war 2012 mit 111 Mitarbeitenden in 16 Projekten tätig und konnte 93.000 Bedürftigen helfen. (5.594 Zeichen)

Adventisten kaufen historisches Gebäude in der Schweiz

Bern/Schweiz, 23.09.2014/APD Pastor Bruno Vertallier, Präsident der Siebenten-Tags-Adventisten in West- und Südeuropa (Intereuropäische Division, EUD), hat den Kaufvertrag für ein Gebäude in Tramelan (Tramlingen) im Berner Jura unterzeichnet, das den Adventisten in Europa den ersten offiziellen kirchlichen Raum (60 Quadratmeter) bot, in dem sie sich versammeln und Gottesdienste feiern konnten. Laut der EUD-Kommunikationsabteilung soll das Gebäude angemeldeten Besuchern offenstehen und als Gedenkstätte dienen.

Der kleine Holzbau im Heimatstil an der Grande Rue 171b ist vom Bernischen Amt für Kultur und Denkmalpflege im historischen Bauinventar erfasst und als bauliches, authentisches Zeugnis der Geschichte und Kultur von Tramelan unter Denkmalschutz gestellt worden. Da es als „erhaltenswertes Objekt“ (K-Objekt) eingestuft wurde, darf es nicht abgerissen werden.

Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten war 1863 in den USA gegründet worden. Dort lernte der aus Polen stammende, ehemalige römisch-katholische Priester Michael Belina Czechowsky

den adventistischen Glauben kennen. Bereits 1864 predigte er ohne Beauftragung durch die in den USA ansässige Kirche die Botschaft vom baldigen Kommen Jesu in Europa. Entlang des Neuenburgersees taufte er einige Personen, die sich den Adventisten anschlossen.

Nachdem Czechowski Richtung Osten weitergereist war, wuchs die Mitgliederzahl der Adventisten und damit das Bedürfnis, einen separaten gottesdienstlichen Versammlungsraum nutzen zu können. Die adventistische Familie Roth finanzierte in Tramelan den Bau eines bescheidenen Holzgebäudes, das damals laut „Le Journal du Jura“ 3.300 Franken (2.700 Euro) gekostet hatte. Der Versammlungsraum wurde am 25. Dezember 1886 in Anwesenheit von Ellen White, Mitgründerin der adventistischen Kirche, eingeweiht. In ihrer Predigt wünschte sie, dass „der Herr euer Werk segnen möge und dieses Haus sich als zu klein erweisen wird“. Gustav Roth schrieb über die Anfänge der adventistischen Kirche in Europa: „Tramelan war die Wiege der adventistischen Reformbotschaft in Europa. Unsere kleine Kirche wurde zur Ausbildungsstätte für Mitarbeiter, die später in der ganzen Welt dienten.“

Als Familie Roth von Tramelan wegzog, verkaufte sie das Gebäude. Die Adventisten konnten den Versammlungsraum aber weiterhin mieten und nutzten ihn, bis sie 1968 in ein größeres Gebäude in der Nähe von Tramelan umzogen.

Weitere Informationen zum Gebäude in Tramelan (Französisch):

<http://www.archivesadventistes.org/.services/blog/6a00e008c7fc5c883400e008c7fc5e8834/search?filter.q=tramelan> (2.288 Zeichen)

„Die Schöpfung feiern“ – adventistischer Studentenkongress in Lissabon

Lissabon/Portugal, 23.09.2014/APD Vom 10. bis 13. September fand der 6. internationale Studentenkongress der Siebenten-Tags-Adventisten in Lissabon statt. Etwa 140 angehende Akademiker trafen sich unter dem Thema „Die Schöpfung feiern“ zu Fachvorträgen, Diskussionen und Austausch. Ziel sei es gewesen, den Glauben an den Ursprung des Lebens und des Universums durch einen übernatürlichen Schöpfer zu stärken, teilten der Veranstalter mit.

Der Kongress habe zeigen wollen, dass es gute Gründe dafür gebe, die Komplexität und Schönheit des Lebens aus mehr als lediglich einem „Unfall“ zu erklären. Die Veranstaltung sei unter der Prämisse gestanden, dass sich Wissenschaft, Vernunft und Glaube nicht gegenseitig ausschließen, sondern zusammen gedacht werden könnten. Adventistische Naturwissenschaftler und Akademiker aus den Bereichen Theologie und Gesundheitswissenschaften hielten Vorträge und Seminare; das Themenspektrum reichte von Campusdiensten für Studenten über Design in der Natur bis zur Zusammenarbeit mit Angehörigen anderer Glaubensrichtungen. Veranstalter war die Jugend- und Bildungsabteilungen der Intereuropäischen Division, die Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in West- und Südeuropa, mit Sitz in Bern. (1.140 Zeichen)

Adventisten bauen in der kleinsten Republik der Welt eine Kirche

Silver Spring, Maryland/USA, 23.09.2014/APD Im südpazifischen Inselstaat Nauru soll die erste Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten gebaut werden, wie „Adventist Review“ (AR) mitteilte. Der Inselstaat ist „nach Fläche [21 Quadratkilometer] der drittkleinste und nach Einwohnerzahl [10.100] der zweitkleinste anerkannte Staat, sowie die kleinste Republik der Erde“, so Wikipedia. Die Kirche, mit deren Bau im Oktober begonnen werden soll, ist nach Angaben von AR als zweistöckiges Gebäude mit Eingangshalle, Küche, Räumen für Kinder und Jugendliche im Erdgeschoss sowie dem Gottesdienstraum im Obergeschoss geplant. Zum Bau der Kirche würden noch Freiwillige gesucht, so AR.

Die 25 Adventisten auf der Insel versammelten sich gegenwärtig in einem gemieteten Raum, um samstags ihren Gottesdienst zu feiern, an denen bis zu 40 Personen teilnehmen würden, sagte Eparama Drou, stellvertretender Schatzmeister der regionalen Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten (Trans-Pacific Union Mission).

Im Mai habe Ribulik Naoero, Staatspräsident von Nauru, die Übertragung der Baurechtspacht eines Grundstücks des Adventisten Steve Mwea Amwano auf die Kirche gebilligt, damit diese darauf mit 99-jähriger Erbpacht das Gebäude errichten könne.

Laut Pastor Glenn Townend, Präsident der regionalen adventistischen Kirchenleitung, habe das Kirchenmitglied die Pachtüberschreibung des Grundstücks an die Kirche veranlasst, weil er als Jugendlicher die Navasau Adventist High School in Fiji besuchen konnte. Als Pachtausgleich wurde vereinbart, dass die Kirche Steve Mwea Amwano und seiner Familie auf einem anderen Grundstück in seinem Besitz ein Haus mit zwei Zimmern baut.

„Grundstücke sind in Nauru sehr teuer und können nicht leicht gekauft oder verkauft werden“, sagte Pastor Glenn Townend. So hätte 2011 der Baurechts-Pachtvertrag von der Besitzerfamilie auf das Kirchenmitglied übertragen werden müssen und dann auf die Kirche. Jeder dieser Schritte habe der Zustimmung des Parlaments und auch des Präsidenten bedurft. Zuvor habe aber die Kirche im Jahr 2013 staatlich registriert werden müssen.

Jeder 21. Bewohner gehört zu den Adventisten

Das Gebiet der adventistischen Kirchenregion Trans-Pacific Union Mission umfasst Fidji, Kiribati, Samoa-Tokelau, Salomon-Inseln, Tonga, Vanuatu sowie einzelne Kirchen auf anderen Inseln und hat 2,2 Millionen Einwohner. Es gibt in diesem Gebiet 103.000 Adventisten, die in 495 Kirchen Gottesdienst feiern. Jeder 21. Bewohner ist dort Adventist. (2.200 Zeichen)

Zweiter Weltkrieg

Die Vergangenheit nicht in Vergessenheit geraten lassen

Hannover, 23.09.2014/APD Anlässlich des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren erinnerte der Vorsitzende der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Pastor Johannes Naether (Hannover), an die Erklärung der Freikirche aus dem Jahr 2005 zur NS-Zeit. Darin hätten die Adventisten betont, dass sie dafür eintreten wollten, dass nie wieder ein Krieg gegen andere Völker von Deutschland oder Österreich ausgehe und dass niemand aufgrund von Rasse, Religion, Nationalität oder Geschlecht ausgegrenzt und benachteiligt werde. Außerdem baten sie um Vergebung, „dass wir gegenüber dem jüdischen Volk, allen Verfolgten und vom Krieg Betroffenen und darüber hinaus auch gegenüber Adventisten in anderen Ländern durch unser Versagen schuldig geworden sind“. Diese Bitte sei von den Adventisten in den damals von Deutschen besetzten oder mit Deutschland im Krieg befindlichen Ländern „dankbar“ aufgenommen worden.

Leider gebe es bis heute immer noch Kriege und Konflikte, beklagte Naether; etwa im Irak, in Syrien oder in der Ukraine. Auch hier gelte es, für die in Not geratenen Menschen zu beten, als Friedensstifter zu wirken und humanitäre Hilfe zu leisten, wie es auch durch die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA geschehe.

In einer gemeinsamen Erklärung zum 60. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1945 hatten die Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland und Österreich Stellung zum Verhalten der Freikirche im Dritten Reich genommen. Darin wird beklagt, dass auch Siebenten-Tags-Adventisten an „diesem furchtbaren Krieg beteiligt waren“. Der Charakter der NS-Diktatur sei nicht rechtzeitig und deutlich genug erkannt worden. In adventistischen Veröffentlichungen hätten sich Aussagen befunden, „die Adolf Hitler huldigten und der rassistischen Ideologie des Antisemitismus in einer Weise Ausdruck gaben, die aus heutiger Sicht unfassbar ist“. Deutsche und Österreicher seien zu „Komplizen des Rassenwahns geworden“; auch „viele Siebenten-Tags-Adventisten“ hätten „an der Not und dem Leid ihrer jüdischen Mitbürger keinen Anteil“ genommen, so

dass sie „von uns ausgegrenzt und ausgeschlossen, sich selbst überlassen und so der Gefangenschaft, Vertreibung oder dem Tod ausgeliefert wurden“.

Auch hätten „wir als Siebenten-Tags-Adventisten in jenen notvollen Zeiten trotz unserer Erkenntnis aus der Heiligen Schrift und dem prophetischen Wort nicht mutiger und konsequenter gehandelt und so in der Nachfolge unseres Herrn versagt“. Adventisten seien denjenigen, „die in unseren Reihen mutig Widerstand geleistet haben und sich der Nazidiktatur weder gebeugt, noch mit ihr gemeinsame Sache gemacht haben, nicht mutig entschlossen genug gefolgt“.

Anlässlich des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939, der weltweit rund 60 Millionen Tote gefordert habe, sollte die Vergangenheit nicht in Vergessenheit geraten, hob Pastor Naether hervor. Wie es in der Erklärung von 2005 heißt, dürfe der Gehorsam, „den wir der staatlichen Obrigkeit schulden, nicht zur Preisgabe von biblischen Überzeugungen und Werten“ führen. Es gelte, die „Geister zu unterscheiden“ und den Glauben auch dann mutig zu bekennen und konsequent zu leben, „wenn wir unsererseits in die ‚Stunde der Versuchung‘ geraten“.

Der Text der „Erklärung der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland und Österreich zum 60. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1945“ ist im Internet zu finden unter: <http://www.adventisten.de/ueber-uns/dokumente-und-stellungnahmen/> (3.083 Zeichen)

Freie evangelische Gemeinden im Zweiten Weltkrieg

Witten, 23.09.2014/APD Den Einmarsch der deutschen Wehrmacht am 1. September 1939 in Polen habe die frühere Gemeindezeitschrift „Der Gärtner“ des Bundes Freier evangelischer Gemeinden (BFeG) ganz im Sinne der Nazi-Propaganda kommentiert, schreibt der Historiker und Pastor i. R. des BFeG Hartmut Weyel in seinem Artikel „Krieg und Kriegsgeschrei“ in der September-Ausgabe von „Christsein heute“, der jetzigen BfeG-Zeitschrift.

Treue und Gehorsam gegenüber dem Führer

Danach habe Deutschland den Krieg nicht gewollt und Polen sei durch seine unnachgiebige Haltung selbst schuld an der Krise. Der Krieg wäre gerechtfertigt, weil sich England „um jeden Preis die Reste des Versailler Raubes sichern“ wolle und deswegen Polen zu seiner starren Haltung angestiftet habe. In Verkennung der Realitäten hätte „Der Gärtner“ behauptet, so Weyel, der Führer Adolf Hitler strebe keine Weltherrschaft an. Dass „er aber Lebensraum und Sicherheit unseres Volkes an der Ostgrenze“ beanspruche, sei „nicht mehr als billig“. So habe der Schriftleiter der Zeitschrift geglaubt, seine Leser beruhigen zu können: „Wir sind getrost und voll guter Zuversicht über den Ausgang dieses Krieges, der so ungerecht uns aufgezwungen worden ist. Wer beten kann, der gedenkt in treuer Fürbitte des Führers, der inmitten seiner tapferen Soldaten auf dem Kriegsschauplatz weilt. Auf seine Schultern ist von Gott eine ungeheure Verantwortung gelegt, die er im Bewusstsein eines guten Gewissens auf sich genommen hat.“

Nach der Besetzung von Dänemark, Norwegen, Holland und Belgien sowie der Kapitulation Frankreichs im Jahr 1940 sei auch „Der Gärtner“ begeistert gewesen und habe mit dem deutschen Volk gejubelt: „Der Herr hat Großes an uns getan. Ehre sei Gott in der Höhe!“ Nun wachse in den Ländern, welche die deutsche Wehrmacht in deutschen Schutz genommen habe, eine „neue, bessere Ordnung, die auf eine höhere Gerechtigkeit gegründet“ sei. Im Kriegsgeschehen dürfe man „die Fußspuren Gottes in der Geschichte erblicken“. Als die deutschen Truppen im April 1941 den Balkan überrannten und bis nach Griechenland vordrangen, hätte „Der Gärtner“ erneut gejubelt über den „Führer des Großdeutschen Reiches, dem unsere Herzen in besonderer Verehrung und Liebe entgegenschlagen. Wir geloben ihm unwandelbare Treue und unverbrüchlichen Gehorsam.“

Doch am 25. Mai 1941 habe „Der Gärtner“, laut Hartmut Weyel, seinen Lesern mitteilen müssen, dass „die Kriegswirtschaft stärkste Anspannung aller Kräfte erfordert“ und deshalb „Der Gärtner“ und alle übrigen Blätter des Bundes-Verlags bis auf weiteres ihr Erscheinen einstellen müssten. Man bringe aber diese Opfer „in der Zuversicht, dass diese Zusammenfassung aller Kräfte unserm Volk den Sieg verbürgt“. „Der Gärtner“ kam erst im Juli 1947 wieder auf den Markt. An seine Stelle

trat vom Sommer 1941 bis März 1945 das „Amtsblatt des Bundes Freier evangelischer Gemeinden e.V.“.

Obwohl im Dezember 1944 das Kriegsende und damit der Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ bevorstanden, hätte der Schriftleiter des Amtsblattes dennoch beteuert, dass „die gläubige Gemeinde in ernster Fürbitte hinter unserem Volk und Führer“ stehe und Gott für alle Kraft danke, „die er unserer Führung und unserer Wehrmacht geschenkt hat, dass unsere kämpfenden Truppen an allen Fronten Wunder der Tapferkeit vollbringen“, berichtet Weyel.

„Buße ist das göttliche Gebot der Stunde“

Ein Jahr nach Kriegsende habe der Hamburger Diakoniedirektor und FeG-Gemeindeführer Friedrich Heitmüller (1888-1965) eine „Klarstellung“ verfasst, in der er „mitten im Zusammenbruch unseres völkischen und nationalen Lebens“ die Frage stellte, „was Gott jetzt von uns erwartet?“. Seine Antwort lautet: „Buße! Buße ist das göttliche Gebot der Stunde.“ Heitmüllers Bußruf beziehe sich, so Weyel, vor allem auf die von ihm scharf kritisierte Haltung des FeG-Bundes und der Gemeinden in der politischen Situation des NS-Staates.

Zum Verhalten gegenüber Krieg und Kriegsdienst habe sich unter anderem der führende Gemeindeälteste aus Moers-Schwafheim, Heinrich Pannen (1897-1982), geäußert. Der ehemalige Kommandant eines Minensuchbootes betonte auf dem FeG-Brüdertag am 28. Mai 1948 in Lüdenscheid: „Jeder muss von seinem Gewissen her Stellung nehmen und entscheidend handeln. Wir haben zwei gewaltige Kriege erlebt. Mir ist klar, dass dieser letzte ein Werkzeug Satans war, auch die Waffen waren satanisch oder dämonisch. Dass wir nun mitgeholfen haben, ist unsere Schuld und Belastung. Wir müssen da Stellung nehmen, das ablehnen, unter Umständen auch den Waffendienst verweigern! Ich bin selbst Soldat gewesen und weiß, dass unsere Jugend beim Militär verdorben wird. Und wir sollen dazu schweigen? Für mich ist es klar, das kann ich nicht mehr tun!“

Die erste Freie evangelische Gemeinde entstand 1854 in Wuppertal. 20 Jahre später schlossen sich 22 Gemeinden zum Bund Freier evangelischer Gemeinden zusammen. Heute gehört der Bund zu den wenigen wachsenden Kirchen in Deutschland. Gegenwärtig zählt er 471 Gemeinden mit 40.323 Mitgliedern. Dazu kommen rund 15.500 „Freunde“ und 9.000 Kinder. Zum Bund gehören die Theologische Fachhochschule Ewersbach (Dietzhöhlztal), die Diakonischen Werke Bethanien (Solingen) und Elim (Hamburg), die Allianz-Mission (Dietzhöhlztal) und weitere soziale Initiativen. Die Bundeszentrale befindet sich in Witten an der Ruhr. Freie evangelische Gemeinden gibt es in über 20 Ländern. Mit ihren etwa 30 Mitgliedsbünden umfasst der Internationale Bund rund 450.000 Mitglieder. (4.731 Zeichen)

Kirchen keine Instrumente des Gegeneinanders der Völker, sondern Brückenbauer

Bonn, 23.09.2014/APD „Dass wir hier als Deutsche und Polen und vor allem auch als Christen gemeinsam in Gleiwitz, wo vor genau 75 Jahren der Zweite Weltkrieg begann, miteinander Eucharistie feiern, scheint vielen wie ein Wunder im Rückblick auf die schreckliche Epoche des 20. Jahrhunderts“, betonte der Vorsitzende der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, in seiner Predigt zur Eucharistiefeier in der Kathedrale von Gleiwitz/Polen. Er stellte die Frage, wie es möglich gewesen sei, „dass in einem Land, das durchweg christlich geprägt schien, wo die überwältigende Mehrheit der Menschen getauft war, die Zehn Gebote und die Weisungen Jesu kannte, wie solche Verbrechen geschehen und ein mörderischer Krieg entfesselt werden konnte“. Dass dieser Krieg von Deutschland ausging, „erschüttert uns auch als Kirche in Deutschland bis heute“. Deshalb gelte es, niemals die eigentliche Sendung der Kirche zu vergessen, nämlich für das Heil aller Menschen einzutreten.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz würdigte die Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs und den Beitrag, den die Kirchen dazu geleistet hätten. Die Kirchen dürften niemals mehr Instrumente des Gegeneinanders der Völker sein, sondern Brückenbauer, Versöhner und Friedensstifter. Die aktuellen Erfahrungen von Krieg, Terror, Gewalt im Irak, Syrien und auch in der Ukraine, forderten Christen heraus, ein engagiertes Zeugnis für einen gerechten Frieden und die Achtung der Würde des Menschen zu geben.

In der gemeinsamen Gebetsveranstaltung beim ehemaligen Sender Gleiwitz erinnerten Vertreter der jüdischen Gemeinschaft, der evangelischen Kirche in Polen, der römisch-katholischen Polnischen und Deutschen Bischofskonferenz an die Ereignisse in Gleiwitz, die dem Beginn des Zweiten Weltkriegs unmittelbar vorausgingen. In allen Beiträgen wurde auch der Bogen geschlagen zu den heutigen Konflikten und Kriegen – vor allem in Syrien, im Irak und in der Ukraine. Frieden zu stiften und Aggressoren mutig entgegenzutreten, seien Lehren aus der unheilvollen Geschichte Europas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. (1.932 Zeichen)

EAK erinnert an Deserteure und Kriegsdienstverweigerer im Zweiten Weltkrieg

Bonn, 23.09.2014/APD Vor dem Hintergrund des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren hat die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) an das Schicksal der Kriegsdienstverweigerer und Deserteure erinnert. „Mehr als 30.000 Deserteure und Kriegsdienstverweigerer wurden in der Zeit des Zweiten Weltkriegs zum Tode verurteilt. Nach dem Krieg fanden die wenigen Überlebenden kaum Anerkennung, sondern wurden als Feiglinge und Vaterlandsverräter beschimpft und bedroht“, so der EAK-Bundesvorsitzende Dr. Christoph Münchow. Erst 2002 seien die Urteile gegen die Deserteure der Wehrmacht gesetzlich aufgehoben und die wenigen Überlebenden damit rehabilitiert worden.

„Für viele war die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg mit Diskriminierung und Erniedrigung verbunden“, meinte der EAK-Vorsitzende. Dabei hätten sie auf ihr Gewissen gehört und sich geweigert, an einem mörderischen Angriffs- und Vernichtungskrieg teilzunehmen, und damit eine Form des Widerstands geleistet. Es wäre wichtig, dass seit mehr als zehn Jahren im KZ Buchenwald ein Gedenkstein an diese Menschen erinnere, denen viel Unrecht geschehen sei.

Nicht zuletzt durch die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus sei im Grundgesetz das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen verankert. „Das ist gut so“, betonte Münchow. Allerdings seien Soldatinnen und Soldaten, die den Kriegsdienst aus Gewissensgründen verweigerten, auch heute immer wieder Vorwürfen ausgesetzt. Dabei werde den Betroffenen unter anderem häufig unterstellt, dass ihre Anträge unglaubwürdig seien. „Anders ist nicht zu erklären, dass so viele Anträge auf Kriegsdienstverweigerung abgelehnt werden, obwohl die Soldatinnen und Soldaten in großer Gewissensnot sind“, gab Christoph Münchow zu bedenken.

Auf Kritik stoße bei der EAK die heutige Behandlung der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung auch in anderer Hinsicht: Die Bearbeitung dauere häufig unverhältnismäßig lange. Das scheine unter anderem daran zu liegen, dass Zuständigkeiten in der Personalbearbeitung innerhalb der Bundeswehr seit Aussetzung der Wehrpflicht teilweise nicht hinreichend geklärt seien. „Die Gewissensnot der Soldatinnen und Soldaten, die einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellen, wird hier meines Erachtens nicht hinreichend ernst genommen“, kritisierte Münchow. Er forderte: „Wir dürfen als Gesellschaft nicht schweigend hinnehmen, dass ein Grundrecht Menschen so häufig aberkannt wird. Der Absatz drei des Artikels vier im Grundgesetz gilt.“

Um die nach wie vor aktuelle Frage der Kriegsdienstverweigerung wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, veranstaltet die EAK in Kooperation mit der Arbeitsstelle Frieden der Evangelischen Landeskirche in Baden und dem Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen am 24. September im badischen Bühl den Studientag „Kriegsdienstverweigerung: Situation und Perspektiven in Deutschland und international“. Informationen unter www.eak-online.de

Zum 75. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs rief die EAK auch zu ökumenischen Friedensgebeten am 1. September auf. Dazu hatte die evangelische Friedensorganisation Textvorschläge für Gottesdienste und Andachten erarbeitet. Christoph Münchow: „Die Toten des Zweiten Weltkriegs mahnen, für den Frieden zu leben.“

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) ist der Dachverband für jene, die in den evangelischen Landeskirchen und Freikirchen für Fragen der Kriegsdienstverweigerung (KDV) und Friedensarbeit zuständig sind. Bundesvorsitzender der EAK

ist Oberlandeskirchenrat i.R. Dr. Christoph Münchow. Die EAK ist Teil der Friedensarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland und beschäftigt sich mit Fragen der Friedenstheologie, Friedensethik, Friedens- und Gewissensbildung und Friedenspolitik. (3.437 Zeichen)

ADRA – Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe

Ukraine: Flüchtlinge finden Zuflucht im ADRA-Familienzentrum

Weiterstadt bei Darmstadt, 23.09.2014/APD Auch die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA leistet Hilfe für ukrainische Flüchtlinge, die innerhalb der Grenzen ihres Landes Zuflucht suchen, sowie für jene, die im Nachbarland Russland untergekommen sind, berichtet die Mitarbeiterin von ADRA Deutschland, Mirjam Greilich. Das unlängst fertiggestellte Familienzentrum in Kiew nehme Flüchtlinge aus den östlichen Teilen der Ukraine auf. Neben einer Unterkunft erhielten sie Hygieneartikel, Unterwäsche, Socken, Handtücher und Einweggeschirr, da viele mit ihren Kindern Hals über Kopf aus ihren Wohnungen geflohen seien und kaum etwas hätten mitnehmen können. Auch junge Mütter mit ihren Babys oder hoch Schwangere fänden im ADRA-Familienzentrum eine Bleibe.

Um den Flüchtlingen darüber hinaus zu helfen, verteile ADRA Nahrungsmittel, die ihnen die ersten Tage nach der Flucht erleichterten. Gemeinsam mit UN-Organisationen und anderen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) könne ADRA mittlerweile Lebensmittel und andere Hilfsgüter auch in den umkämpften Gebieten wie Lugansk und Donetsk verteilen. Da das Kiewer Zentrum nur eine begrenzte Anzahl Hilfe Suchender aufnehmen könne, helfe das dortige ADRA-Büro beim Transport zahlreicher Flüchtlinge in nahe gelegene Camps, so Mirjam Greilich.

Nach und nach kehrten erste Flüchtlinge in die nicht mehr umkämpften Regionen der Ostukraine zurück. Dort fehle es aber an Elektrizität, Wasser, Gas, Beschäftigung und Einkommen. Zudem bräuchten viele Baumaterial, um ihre Häuser wieder zu reparieren oder aufzubauen.

(1.417 Zeichen)

Nach der Flut auf dem Balkan beginnt der Wiederaufbau

Weiterstadt bei Darmstadt, 23.09.2014/APD Mehr als eine Million Menschen waren im Mai von der Flut auf dem Balkan betroffen. Die in Bosnien und Herzegowina, Serbien und Kroatien Lebenden wären aber immer noch dringend auf Hilfe angewiesen, betonte Mirjam Greilich, Mitarbeiterin der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA.

Schon wenige Tage nachdem die Katastrophe ihren Anfang nahm, habe das ADRA- Netzwerk in den betroffenen Ländern mit ersten Hilfsmaßnahmen begonnen. „Die Unterstützung von ADRA Deutschland konzentrierte sich besonders auf das schwer betroffene Bosnien und Herzegowina“, informierte Greilich. In Sarajevo und Doboj habe ADRA je eine Suppenküche eingerichtet, die Betroffene und vor allem obdachlos gewordene mit Nahrungsmitteln versorgte. Zusätzlich hätte ADRA mit Unterstützung Freiwilliger 170 Tonnen Hilfsgüter, bestehend aus Nahrungsmitteln, Wasser, Hygieneartikeln und Kleidung, verteilt.

Kerngebiet für die langfristigen Hilfseinsätze von ADRA in Bosnien und Herzegowina seien die Regionen Doboj und Olovo. In Olovo wären die Menschen nach dem Hochwasser tagelang ohne Wasserzufuhr gewesen. ADRA habe deshalb eine Wasseraufbereitungsanlage installiert, welche bis zur Instandsetzung des örtlichen Wassernetzes die etwa 600 Haushalte täglich mit sauberem Trinkwasser versorgte. Vier Freiwilligenteams hätten Familien beim Putzen ihrer oft völlig verschlammten Räume unterstützt. Zudem hätten Freiwillige von „Let's Do It“, des größten Freiwilligenprojektes Bosnien und Herzegowinas, in Zusammenarbeit mit ADRA bei der Säuberung der Straßen und Parks in Odzak geholfen.

Der Wiederaufbau in den betroffenen Regionen werde sich noch lange hinziehen und viel Kraft und Geld kosten, befürchtet Mirjam Greilich. Um die Bevölkerung bei der Trocknung der Häuser zu

unterstützen und die Entstehung von Schimmel in den Räumlichkeiten zu vermeiden, habe ADRA 350 Gebäudetrockner nach Doboj gebracht. So könnten die durch das Hochwasser feuchten Bauwerke möglichst schnell und fachgerecht trocknen und langfristiger Schaden am Mauerwerk vermieden werden. ADRA setze die Gebäudetrockner in Wohnhäusern und öffentlichen Gebäuden wie Schulen und Gesundheitseinrichtungen ein. Mittlerweile habe das Hilfswerk auch Schulmobiliar in das Einsatzgebiet gebracht, damit auch die Bildungseinrichtungen möglichst schnell wieder voll genutzt werden könnten.

Greilich wies darauf hin, dass die Zerstörung nicht nur materiellen Schaden verursacht habe, sondern auch seelische Wunden zurückgeblieben seien. Zum Wiederaufbau gehöre deshalb auch die psychosoziale Betreuung der Betroffenen. Ein Team von Psychologen übernehme für ADRA diese Aufgabe. Zweimal in der Woche führten es Gruppensitzungen mit Erwachsenen und spielerische Sitzungen mit Kindern durch. (2.453 Zeichen)

Start der Paket-Aktion 2014 „Kinder helfen Kindern!“

Weiterstadt bei Darmstadt, 23.09.2014/APD Zum 14. Mal startete am 20. September diesen Jahres die „Aktion Kinder helfen Kindern!“ Die Initiative der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA motiviert Kinder in Deutschland, von dem, was sie im Überfluss haben, etwas abzugeben und Geschenkpakete für Kinder im Osten Europas zu packen. Darüber hinaus habe die Aktion auch einen nachhaltigen Hilfsansatz. Verschiedene Projekte in den Einsatzländern verbesserten die Situation der Kinder langfristig. Weitere Infos: www.kinder-helfen-kindern.org (533 Zeichen)

Hilfspakete für Flüchtlinge in der Ukraine

Wien/Österreich, 23.09.2014/APD Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA betreut in der Ukraine 1.000 Menschen in Donetsk, Shakhty und Gukovo mit dringenden Hilfsgütern, bis die Familien eine Unterkunft gefunden, einen Job oder offizielle Hilfe durch den Staat bekommen haben, teilte Corinna Wagner, Mitarbeiterin von ADRA Österreich mit. Priorität erhielten Familien mit Kindern unter drei Jahren.

Die Hilfspakete enthielten Grundnahrungsmittel für einen Monat, Wasser für Babynahrung, Hygieneprodukte wie Seife, Waschmittel, Zahnbürste/-paste, Hygienebinden und Babywindeln. Auch die Kosten für wichtige Medikamente könne ADRA dank Spenden übernehmen. ADRA Österreich habe für diese Hilfe 10.000 US-Dollar (7.650 Euro) zugesagt. (693 Zeichen)

Freiwillige von ADRA Italien helfen Bootsflüchtlingen auf Sizilien

Rom/Italien, 23.09.2014/APD Die ADRA-Ortsgruppe der Kleinstadt Lentini/Italien an der südöstlichen Küste Siziliens hat mit den Hafenbehörden der 20 Kilometer entfernten Stadt Augusta und dem Leiter des dortigen Aufnahmezentrums für Bootsflüchtlinge in der ehemaligen Schule „Giuseppe Verdi“ Kontakt aufgenommen. Dabei wurden die Bedürfnisse der Flüchtlinge festgestellt und Dank einer großzügigen Spende eines Kaufmanns und vieler Privatspenden an 140 Jugendliche des Zentrums Kleidung verteilt. Das teilte die Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Italien mit.

Seit mehreren Monaten werde ein Teil der im Mittelmeer aufgegriffenen Flüchtlinge, die mehrheitlich aus Ägypten, Eritrea, Gambia, Mali und Nigeria stammten, in Augusta untergebracht. Dort würden sie von den Einwohnern mit großer Solidarität betreut. Trotz der schwierigen Umstände im Zentrum, einer ehemaligen Schule, seien seit Jahresbeginn mehr als 1.500 Personen betreut worden.

Die Freiwilligen der ADRA-Ortsgruppe Lentini wollten die Jugendlichen im Aufnahmezentrum weiterhin unterstützen und ihnen neben der Bereitstellung von Alltagsgütern, wie Hygieneartikel und Unterwäsche, auch kulturelle, schulische und Freizeitveranstaltungen anbieten. Das Engagement der ADRA-Freiwilligen von Lentini erweitere das Angebot von ADRA Italien für Bootsflüchtlinge, das in Palermo auf Sizilien begonnen habe, so das Hilfswerk.

ADRA Italien unterhält landesweit 40 Ortsgruppen, die je nach lokalen Bedürfnissen und Möglichkeiten Beihilfen für benachteiligte Menschen zur Verfügung stellen, Kleidung, Medikamente und Lebensmittel verteilen, mit lokalen Behörden zusammenarbeiten, Essen für ältere Menschen ausgeben, Unterhaltung für Patienten in Krankenhäusern bieten, erwachsene Ausländer in Lesen und Schreiben unterrichten, schulische Unterstützung für Kinder, soziale Aktivitäten, Hilfe für Flüchtlinge und Obdachlose anbieten sowie Rettungsmaßnahmen nach Naturkatastrophen durchführen. (1.784 Zeichen)

Projekt für Frauen in Bardiya kommt voran

Wien/Österreich, 23.09.2014/APD Frauen, ethnische Minderheiten und niedrige Kasten hätten in Nepal besonders schwere Lebensbedingungen, teilte Corinna Wagner, Mitarbeiterin der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Österreich, mit. ADRA Österreich führe ein Projekt für Frauen im Distrikt Bardiya im Süden Nepals durch. Große Teile der Region seien zum Nationalpark erklärt worden, um Wälder und gefährdete Tierarten zu schützen. In der Region lebten sehr viele Menschen, die zu den Dalits, den „Unberührbaren“, gehörten. Sie seien früher an den Landbesitzer gebundene Arbeiter gewesen und erst vor wenigen Jahren frei gekommen. Sie hätten in den letzten Jahren ein kleines Stück Land von der Regierung erhalten, auf dem sie lebten und wo sie etwas anbauen könnten.

ADRA arbeite seit fünf Jahren mit den Menschen in diesen Dörfern. Nach großen Überschwemmungen, infolge derer ADRA Familien beim Wiederaufbau der Häuser unterstützte, begann ein langfristiges Ausbildungskonzept, um besonders die Frauen auszubilden und dadurch den Familien zu einem besseren Leben zu verhelfen, berichtete Wagner. In den Unterrichtsklassen hätten die Frauen nun lesen, schreiben und rechnen gelernt. Sie hätten sich gemeinsam zu Spar- und Kreditgruppen formiert. „Das funktioniert folgendermaßen: Jede Woche treffen sich die Frauen und zahlen einen kleinen Betrag in den Sparfonds der Gruppe ein – das waren zu Beginn zum Beispiel zehn Cent“, informierte Wagner. Schon für diesen Betrag hätten sie bei ihren Männern um Geld bitten müsse. Langsam habe sich der Betrag gesteigert, da die Familien das Konzept des Sparens begriffen. In der Zwischenzeit hätten viele Gruppen Beträge von 500 bis 1.000 Euro angespart. Diese seien ständig in Form von Kleinkrediten an die Gruppenmitglieder im Umlauf. Die Frauen könnten sich Beträge von 20 bis 120 Euro ausleihen, um vor allem in einkommensfördernde Projekte zu investieren. So kauften sie zum Beispiel ein paar Ziegen, Hühner oder eine Nähmaschine, um damit Geld zu verdienen.

„Einige Frauen haben uns stolz erzählt, dass sie nun das Geld selber verdienen und nicht mehr ihre Männer oder Mütter um den regelmäßigen Sparbetrag anfragen müssen“, betonte Wagner. Es gebe aber auch Männer, die ihren Frauen einen Teil des erarbeiteten Einkommens gäben, um noch mehr in die Sparkasse einzuzahlen. Die Kassenführerinnen hätten gelernt, wie man die Zinsen berechnet. Die Frauen wüssten, welchen Zinssatz sie für ihre Gruppe für Kredite festlegen könnten, der wiederum den Sparfonds ansteigen lasse.

Den Frauen sei die Problematik rund um den Klimawandel bewusst geworden. Sie wüssten, dass sie die gefährdeten Wälder rund um ihr Dorf schützen müssten, um auch ihre Felder vor Erosion zu bewahren und zu vermeiden, dass ihre Wasserquellen langsam austrockneten. Verschiedene Dorfbewohner und auch Leitungspersonen aus der Umgebung hätten an ADRA-Schulungskursen zur Weiterentwicklung von Dorf und Region teilgenommen. Im vergangenen Jahr seien zudem 900 Frauen im Anbau von Gemüse ausgebildet worden. Nun wüssten sie, wie sie in den Küchengärten hinter ihrem Haus wichtige Nahrungsmittel anbauen könnten, berichtete Corinna Wagner. Einige bebauten sogar als Gruppe gemeinsam größere Flächen. Sie hätten durch den Verkauf ein eigenes Einkommen und könnten die Ernährung ihrer Familien deutlich verbessern.

ADRA Österreich habe im Mai 2014 gemeinsam mit einheimischen Kollegen die Frauen besucht, um mit ihnen zu besprechen, was verbessert werden könne und welche Probleme es noch gebe. Die Entwicklung, welche die Frauen gemacht hätten, sei beeindruckend, hob Wagner hervor. Die Frauen seien aus ihren früher verschlossenen Häusern herausgekommen, sie arbeiteten zusammen und wären neugierig, die Welt weiter zu entdecken. Sie tauschten ihre Erfahrungen aus

und hätten heute eine Stimme in ihrem Dorf. Sie würden nun viel selbstbewusster für ihre Anliegen eintreten.

Doch manches müsste laut Wagner noch verbessert werden. Etwa die Vermarktung der Produkte, das unternehmerische Denken und die Vernetzung mit lokalen Dienstleistern und Kooperativen in der Region. Gewalt gegenüber Frauen in der Familie wäre immer noch ein Thema, stellte Corinna Wagner fest. Frauen bekämen erst langsam eine stärkere Stimme in der Dorfgemeinschaft. Außerdem müsste die ökologische Nachhaltigkeit weiter betont werden, bis die einzelnen Aspekte in den Dörfern und von den lokalen Behörden umgesetzt würden. (3.824 Zeichen)

Medizinische Hilfe nach Überschwemmungen in Nepal

Wien/Österreich, 23.09.2014/APD Mitte August kam es im mittleren Westen Nepals nach schweren Regenfällen zu Überschwemmungen. Über 100 Menschen starben und etwa 182.000 weitere verloren in den Regionen Banke, Dang, Bardiya und Kailali ihre einfachen Hütten samt Habe. Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Nepal möchte 5.000 betroffene Familien (28.600 Personen) medizinisch betreuen, teilte die Mitarbeiterin von ADRA-Österreich, Corinna Wagner, mit.

Zwei Monate lang würden Ärzte und Krankenschwestern mit einer mobilen Klinik in die Dörfer kommen, bis die Gesundheitszentren vor Ort wieder in Betrieb seien. Schwere Fälle würden in Zusammenarbeit mit Ambulanzen in das Krankenhaus der Region gebracht, leichtere direkt betreut und mit den nötigen Medikamenten versorgt. Zudem sollten fünf zerstörte Gesundheitsposten Medikamente und eine medizinische Grundausstattung erhalten, um die Arbeit wieder aufnehmen zu können. An weiteren 45 abgelegenen Orten habe ADRA eine Erste-Hilfe-Ausrüstung stationiert und Verantwortliche ausgebildet, um kleinere Wunden behandeln zu können. ADRA Österreich unterstütze ADRA Nepal bei dem Vorhaben mit 20.000 Euro, so Corinna Wagner.

(1.080 Zeichen)

Zeitspende statt Geldspende

Zürich/Schweiz, 23.09.2014/APD In Pürt/Graubünden im Averstal hat die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Schweiz zwei Arbeitswochen mit insgesamt rund 40 Freiwilligen aus der deutsch- und französischsprachigen Schweiz durchgeführt. Die 16 Frauen und 24 Männer haben einer Bauernfamilie beim Bau einer neuen Scheune geholfen. Darin sind ein Stall für Rinder, ein Hofladen sowie eine Unterkunft für „Schlafen im Stroh“ geplant.

Pürt liegt in 1.921 Metern Höhe an der Waldgrenze und ist ein Ortsteil im Gemeindegebiet von Avers, der mit 1.960 Metern höchst gelegenen politischen Gemeinde der Schweiz. ADRA Schweiz hatte bereits 2006 im Averstal in Juf auf 2.126 Metern Höhe eine Freiwilligenwoche durchgeführt.

Arbeitsbereich

Die Freiwilligen halfen unter Anleitung von Zimmerleuten beim Innenausbau der Scheune und des Stalls. Sie bauten Holzzwischenwände zusammen, fügten sie ein, verlegten Holzböden und verkleideten die Außenwände. Andere halfen beim Heuen, schnitten Tannen zurück, bereiteten die Inneneinrichtung des Hofladens vor oder legten Fliesen. Ein pensionierter Mechaniker aus der welschen Schweiz führte mit einem Gehilfen an den landwirtschaftlichen Fahrzeugen und Maschinen Service- und Instandsetzungsarbeiten durch, setzte neue Speichen beim Heuwender ein und schweißte gebrochene Teile.

Berufsgruppen

Da für alle Arbeiten Fachleute zur Verfügung gestanden hätten, seien auch „Handlanger“ willkommen gewesen, die von den Spezialisten eingewiesen und meist in kleinen Gruppen begleitet worden seien, sagte Monika Stirnimann, zuständig für ADRA Projekte in der Schweiz. Die Hilfeleistenden im Alter von 20 bis 70 Jahren wären in ihrem Berufsleben Elektriker, Elektroingenieur, Hebamme, Krankenschwester, Buchhalterin, Sportlehrerin, Pastor, Förster, Kaufmännische Angestellte, Automobilingenieur, Hausfrau oder Ambulanzfahrer.

Motivation der Freiwilligen

Die Motivation zur Mitarbeit sei unterschiedlich gewesen. Eine Mutter mit drei Kindern habe mitgemacht, weil sie Ferien von ihren Kindern wollte und in der Freiwilligenwoche eine gute Sache gesehen habe. Andere meinten, dass das Zusammenarbeiten in einer so bunt zusammengewürfelten Gruppe eine einmalige Erfahrung sei. Er wolle am Abend endlich mal wieder konkret sehen, was er gemacht hätte, sagte ein Pastor. Für eine Ehefrau, die gemeinsam mit ihrem Mann teilnahm, sei es etwas Besonderes, in dieser Weise mit ihrem Mann zusammenzuarbeiten und anderen Menschen helfen zu können, sodass diese nachher besser weiterleben könnten. Ein anderer meinte, es sei einfach, zu Hause einen Einzahlungsschein für ein Hilfswerk auszufüllen; hier könne er hingegen konkret etwas bewirken.

„Es ist super, mit den Freiwilligen von ADRA zusammenzuarbeiten“, lobte Simon Höllriegel, Vater der Bergbauernfamilie, „sie funktionieren wie eine gute Familie“.

Unterkunft und Verpflegung

Die Freiwilligen waren in Ausserferrera, 15 Kilometer vom Einsatzort entfernt, in einer ehemaligen Schule untergebracht, wo sie auf Matratzen am Boden schliefen. Das von zwei Freiwilligen zubereitete Morgen- und Abendessen wurde am Unterkunftsartort eingenommen, das Mittagessen lieferte die Küche direkt nach Pürt.

Projektkosten der Freiwilligenwoche

Das ADRA-Hilfswerk veranstalte die Freiwilligenwoche seit 21 Jahren und müsse rund 5.000 Franken pro Einsatzwoche aufwenden, vorwiegend für Verpflegung, Reisekosten und Unterkunft der Freiwilligen, so Monika Stirnimann. Die Einsätze seien deshalb so kostengünstig, weil die Freiwilligen ihre Zeit zur Verfügung stellten und die Bauern die meisten Arbeitsgeräte sowie Baumaterialien. ADRA versichere die Freiwilligen während ihres Einsatzes. (3.181 Zeichen)

Bibel

Internet-Aktion „365 x Bild und Bibel“

Stuttgart, 23.09.2014/APD Ein Jahr lang, also 365 mal, jeden Tag ein Gemälde mit biblischem Motiv und einem Bibeltext dazu. Mit dieser Internet-Aktion startet die Deutsche Bibelgesellschaft am Reformationstag 2014 (31. Oktober) ins Themenjahr 2015 „Bild und Bibel“ der Lutherdekade. Auf der Startseite von www.die-bibel.de ist dann täglich in einem Vorschaufenster ein Ausschnitt vom „Bild des Tages“ mit der dazugehörigen Bibelstelle finden. Nach dem Anklicken des Vorschaufensters sieht der Betrachter das ganze Gemälde, erhält weitere Informationen dazu und den Bibeltext. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, eine kurze Bildeinführung zu lesen, das Bild noch einmal zu vergrößern und sich den Bibeltext vorlesen zu lassen.

Das Widget der Aktion „365 x Bild und Bibel“ könne von Kirchengemeinden sowie von anderen kirchlichen und kulturellen Einrichtungen in Deutschland kostenlos in die eigene Homepage eingebunden werden. Die Deutsche Bibelgesellschaft hat dazu die Lizenzen für die Darstellung der einzelnen Gemälde im Internet erworben – jeweils für die Dauer eines Tages. Das Widget lässt sich schnell und einfach in die eigene Website einbauen. Die Anleitung ist ab 1. Oktober 2014 bei der Deutschen Bibelgesellschaft unter www.die-bibel.de/bildundbibel zu finden.

Die europäische Kunstgeschichte kennt eine Vielzahl von Gemälden, in denen Bibeltexte ins Bild gesetzt werden. Vor allem die Reformation gab dazu einen starken Impuls. Die Bibel wurde als eine einzigartige und dauerhafte Inspirationsquelle für die bildende Kunst entdeckt. Neben christlich-religiösen Darstellungen widmeten sich die Künstler vermehrt einzelnen

Motiven aus dem Alten und Neuen Testament. Dabei ist faszinierend zu sehen, wie die Inhalte der Bibel künstlerisch umgesetzt wurden: Eine biblische Geschichte wird in eine zeitgenössische Landschaft versetzt; eine Geste, eine Person, ein Geschehen wird in überraschender Weise fokussiert; eine Kernaussage der Bibel wird eigenwillig interpretiert.

(1.744 Zeichen)

APD

Langjähriger APD-Journalist geht in wohlverdienten Ruhestand

Ostfildern bei Stuttgart, 23.09.2014/APD Nach 28-jähriger Tätigkeit als Stellvertretender Chefredakteur der Zentralredaktion Deutschland der Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) tritt Dr. phil. Wolfgang Tulaszewski zum 1. Oktober in den wohlverdienten Ruhestand. Der 1927 gebürtige Berliner promovierte 1955 an der Universität München in Germanistik und volontierte anschließend beim Evangelischen Pressedienst (epd) der bayerischen Landeshauptstadt. Viele Jahre war Tulaszewski Mitarbeiter der Süddeutschen Zeitung, wo er vorwiegend für den kirchlichen Bereich eingesetzt wurde. Beim epd übernahm er kurzfristig die Aufgaben eines Chefreporters. Anfang der 1970er Jahre absolvierte er nachträglich das Staatsexamen für den Höheren Schuldienst. Hier war er in Ingolstadt und München tätig.

Die Aufgaben von Wolfgang Tulaszewski beim APD umfassten lange Jahre die Berichterstattung des Deutschen Evangelischen Kirchentages, des Deutschen Katholikentages sowie der EKD-Synoden, Buchbesprechungen und Abschlusskorrekturen. APD-Chefredakteur Holger Teubert dankte dem Journalisten für seinen langjährigen, wertvollen und stets zuverlässigen Dienst. Sein Nachfolger ist der Diplom-Theologe Jens-Oliver Mohr (39). (1.134 Zeichen)

40 Jahre Adventistischer Pressedienst APD Schweiz: 1974 - 2014

30 Jahre Adventistischer Pressedienst APD Deutschland: 1984 - 2014

